Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES

Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung

Band: - (2015)

Heft: 4: Klimapolitik

Artikel: CH-Klimapolitik : Mittelmass als Standard

Autor: Hänggi, Marcel

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-586807

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 20.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

CH-Klimapolitik: Mittelmass als Standard

Die Schweiz hat Anfang März als erstes Land ihr Reduktionsziel bekannt gegeben: 30 % weniger Emissionen bis 2030 plus «Kompensation» weiterer 20 % im Ausland. Doch im Ländervergleich ist das höchstens Mittelmass. Die Schweiz müsste aufgrund ihrer «Verantwortlichkeit und Fähigkeiten» mehr zum Klimaschutz beitragen.

Von **MARCEL HÄNGGI**

Die Schweiz ist auf dem diplomatischen Parkett gern Musterschülerin. So auch heuer angesichts der UNO-Klimakonferenz in Paris: Der Bundesrat hat Anfang März als erste Regierung überhaupt ihre Absichtserklärung auf den Tisch gelegt. Diese INDC genannten Erklärungen dienen an der Klimakonferenz in Paris als Verhandlungsgrundlage (siehe Seiten 4–6). Man wolle mit dem frühen Zeitpunkt der Eingabe «andere Länder beeinflussen und einen Standard setzen», sagte das Bundesamt für Umwelt damals.

CH-Reduktionsziel = «mittel» = ungenügend

Wie sieht dieser «Standard» aus? Die Website «Climate Action Tracker» wertet die schweizerische Eingabe im Ländervergleich als «mittel» – was «ungenügend» bedeutet, wenn man in Betracht zieht, dass die Eingaben insgesamt nicht ausreichen, um das deklarierte 2-Grad-Ziel zu erreichen. Die Schweiz verspricht, ihre CO_2-Emissionen bis 2030 um 30 % gegenüber 1990 zu senken; weitere 20 % will sie im Ausland «kompensieren». Damit bewegt sie sich zwar im Rahmen dessen, was laut Weltklimarat IPCC global nötig ist, um wenigstens eine reelle Chance zu haben, das 2-Grad-Ziel einzuhalten. Allerdings verlangt ein zentraler Grundsatz der Klima-Rahmenkonvention der UNO, dass jedes Land «entsprechend seiner Verantwortlichkeit und seiner Fähigkeiten» handeln soll.

Wie viel Verantwortung trägt die Schweiz?

Die Schweiz müsste demzufolge mehr tun, denn erstens ist sie reich, und zweitens hat sie als früh industrialisiertes Land in ihrer Geschichte pro Kopf rund doppelt so viele Treibhausgase produziert wie der globale Durchschnitt. Doch in seiner Eingabe redet sich der Bundesrat damit heraus, dass die Schweiz als kleines Land nur wenig zu den globalen Emissionen beitrage, ihre Verantwortung also «gering» sei – und dass die «Verfügbarkeit kurzfristiger kosteneffizienter Einsparpotenziale begrenzt» sei. Dass langfristig eben auch die nicht «kosteneffizienten» Einsparungen fällig werden und «Kompensationen» im Ausland unmöglich werden, wenn die Emissionen weltweit auf null gesenkt werden müssen – daran scheint man noch nicht zu denken.

Nicht leisten, was beizutragen wäre

Gewiss brächte es wenig, zu versprechen, was innenpolitisch nicht durchsetzbar wäre. Aber der Bundesrat bleibt hinter dem zurück, was das geltende CO_2-Gesetz zuliesse. Dieses schreibt nämlich vor, dass die Emissionen bis 2020 um 20 % sinken müssen, und es gibt dem Bundesrat die Möglichkeit, das Ziel «in Einklang mit internationalen Vereinbarungen» auf 40 % zu erhöhen (dann allerdings mithilfe von «Kompensationen»). Weil die 20 % vollständig im Inland eingespart werden müssen, fehlen bis zu einer Inland-Reduktion von 30 % im Jahr 2030 noch ein Prozentpunkt pro Jahr – das ist weniger, als die Emissionen nach geltendem Recht sinken müssen.

Das CO_2-Gesetz ist aber insofern schwach, als die Massnahmen, die es vorsieht, kaum ausreichen, um sein Ziel zu erreichen. Deshalb ist die Energiestrategie 2050, die nach dem Super-GAU von Fukushima aufgegleist wurde, vielleicht wichtiger, weil sie den nötigen Umbau anvisiert. Und hier bremst nicht der Bundesrat, sondern das Parlament: Nach der ersten Lesung durch beide Räte bleibt die Energiestrategie arg zerzaust zurück, und was das neu gewählte Parlament davon am Ende übrig lässt, steht in den Sternen.

Von der Vorreiterin zum blossen Mittelmass?

Einst galt die Schweiz in der Klimadiplomatie als Vorreiterin, doch das ist vorbei. Es war die Schweiz, die vorschlug, einen Mechanismus zur Entschädigung von Klimaschäden aus dem Verhandlungstext zu streichen. Und was die Höhe der Schweizer Beteiligung am «Green Climate Fund», der die ärmsten Staaten in Klimapolitik und Klimaanpassung unterstützen soll, ab 2020 angeht, wollte man ganz offensichtlich keine «Standards» setzen.

Bis E&U-Redaktionsschluss lag aus der Schweiz kein Angebot vor. Bundesrätin Doris Leuthard brachte in einem Interview die Zahl von 250 bis 300 Millionen Franken ins Spiel. Ein Plan, wie das Geld beschafft werden soll, fehlt. <